



STELLUNGNAHME

BUNDESHAUSHALT 2027:

Zivile Konfliktbearbeitung und Friedensförderung stärken statt kürzen

Zivile Mittel sind als Antworten auf Bedrohungen und eine veränderte Weltordnung unverzichtbar

Die internationale Lage ist geprägt von einer hohen Zahl gewaltsamer Konflikte, geopolitischen Spannungen und Zunahme autokratischer Regime. Kriege und Gewaltkonflikte führen zu hohen Opferzahlen, zerstören Lebensgrundlagen, treiben Menschen in die Flucht und schwächen staatliche und gesellschaftliche Strukturen. Zugleich verschärfen Klimakrise, soziale Ungleichheit, Desinformation und der zunehmende Druck auf demokratische und zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume bestehende Konflikte. Deutschland sollte angesichts dieser Herausforderungen verstärkt in zivile Handlungsmöglichkeiten und Instrumente investieren; von der Prävention, über die Katastrophen- und Krisenvorsorge bis hin zur Friedensförderung.

Neue Partnerschaften erfordern mehr und nicht weniger ziviles Engagement Deutschlands

Deutschland und Europa sind mehr denn je auf neue Partnerschaften und Allianzen zur Gestaltung einer sicheren Weltordnung in Zeiten geopolitischer Veränderung angewiesen. Das wird nur gelingen, wenn sich die Bundesregierung stärker mit zivilen Mitteln in Krisen und Konflikten engagiert. Die gescheiterte Kandidatur für den UN-Sicherheitsrat sollte eine Warnung sein, dass Deutschland sein Engagement wieder verstärken muss, um Partner zu überzeugen und Vertrauen zu erhalten.

Aktuelle Krisen und Chancen für mehr ziviles Engagement Deutschlands

Die zivile Unterstützung Deutschlands für die Ukraine fällt in der öffentlichen Wahrnehmung zu Unrecht hinter der militärischen Unterstützung zurück. Sie ist und bleibt auch in Zukunft wichtig und bindet erhebliche Mittel aus den entsprechenden Etats für Krisenprävention, Friedensförderung und Wiederaufbau. Doch Deutschland muss auch in anderen Krisen, nicht zuletzt im eigenen Interesse, sein Engagement verstärken: Im Transformationsprozess in Syrien, im Sudan, oder im Sahel muss das zivile Engagement ausgebaut werden.

Eine zentrale Orientierung bietet dabei das Konzept der Menschlichen Sicherheit. Sicherheit bemisst sich nicht allein an der Sicherheit von Staaten und Grenzen, sondern auch daran, ob Menschen vor Gewalt und existenziellen Bedrohungen geschützt sind, ihre Rechte wahrnehmen können und über Institutionen zur friedlichen Streitbeilegung verfügen können. Dieses Verständnis sollte auch für die neue Nationale Sicherheitsstrategie eine maßgebliche Richtschnur bilden. Dabei muss der Grundsatz Prävention vor Eskalation stärker handlungsleitend werden. Deutschland sollte gezielt in Instrumente investieren, die gewaltsame Konflikte frühzeitig erkennen, Spannungen abbauen und Eskalationen verhindern. Prävention ist nicht nur friedenspolitisch geboten, sondern langfristig sinnvoller als die Bewältigung bereits eskalierter Krisen und ihrer Folgen. Eine wirksame Friedenspolitik muss zugleich diejenigen stärken, die vor Ort an friedlichen Lösungen

arbeiten. Lokale Friedensakteure und Partnerorganisationen verfügen über Kontextwissen, gesellschaftliche Verankerung und Zugang zu Konfliktparteien und betroffenen Bevölkerungsgruppen. Förderinstrumente sollten deshalb so ausgestaltet werden, dass ein größerer Anteil der Mittel unmittelbar oder über geeignete Fördermechanismen lokalen Organisationen in Konfliktregionen zugutekommt.

Entwurf für den Bundeshaushalt 2027: Weniger statt mehr Geld für zivile Krisenprävention und Friedensförderung

Der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2027 setzt den Kürzungskurs bei ziviler Krisenprävention und Friedensförderung fort, während zugleich erhebliche zusätzliche Mittel für Verteidigung und militärische Sicherheit mobilisiert werden.

Die Zahlen zeigen einen deutlichen langfristigen Trend:

- **Einzelplan 05 Auswärtiges Amt, Krisenprävention, Stabilisierung und Friedensförderung sowie Klima- und Sicherheitspolitik:**
Für 2027 sind 328,2 Mio. Euro vorgesehen. Damit verbleibt der Titel auf einem im längerfristigen Vergleich sehr niedrigen Niveau. 2023 standen noch rund 565,6 Mio. Euro, 2024 rund 400,1 Mio. Euro zur Verfügung. Gegenüber 2023 entspricht der Ansatz 2027 einem Rückgang von rund 42 Prozent.
- **Einzelplan 23 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:**
Der Etat für Entwicklungszusammenarbeit soll gegenüber 2026 um weitere 5,8 Prozent auf knapp 600 Mio. Euro sinken. Im Vergleich zu 2022 wird der Etat damit um mehr als 30% gekürzt, so stark wie kein anderes Politikfeld. Während für 2027 rund 85 Mrd. Euro zusätzliche Kreditaufnahme aufgrund der sicherheitspolitischen Bereichsausnahme möglich werden sollen, sinkt der Einzelplan 23 erheblich und das Kapitel „Sicherung von Frieden und Stabilität“ wird um rund 240 Mio. Euro gekürzt.
- Im Titel **Krisenbewältigung und Wiederaufbau, Infrastruktur** des Einzelplans 23 sind für 2027 nur noch 434,9 Mio. Euro vorgesehen. Gegenüber 2026 sinkt der Ansatz damit um rund 37 Prozent. 2027 stehen nur noch etwa 35 Prozent der Mittel von 2023 zur Verfügung.

- Der Titel **Ziviler Friedensdienst** (Einzelplan 23) soll von 65 Mio. Euro 2026 auf 62 Mio. Euro 2027 sinken und damit um mehr als 5 % gekürzt werden. Bereits 2026 war der Ansatz gegenüber dem Entwurf 2025 von 66 auf 65 Mio. Euro reduziert worden.

Die Bundesregierung will damit ausgerechnet in Zeiten zunehmender Konflikte vor allem die Mittel für die Arbeit in Krisen- und Konfliktregionen kürzen. Ein umfassendes Verständnis von Sicherheit sieht anders aus.

Forderungen der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung fordert die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, den Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2027 im parlamentarischen Verfahren nachzubessern. Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung brauchen nicht nur ausreichende Mittel, sondern auch verlässliche Finanzierungsbedingungen. Gerade zivilgesellschaftliche Friedensarbeit ist auf mehrjährige Planungssicherheit und flexible Förderinstrumente angewiesen. Kurzfristige Projektlaufzeiten und schwankende Mittelansätze erschweren nachhaltige Strukturen, den Aufbau langfristiger Partnerschaften und kontinuierliche Arbeit in Konfliktregionen.

Wir fordern:

- die Mittel für zivile Krisenprävention, Ziviler Konfliktbearbeitung und Friedensförderung in den **Einzelplänen 05 und 23** mindestens auf dem Niveau von 2026 zu stabilisieren, und Kürzungen vollständig zurückzunehmen.
- den Titel **Krisenbewältigung und Wiederaufbau, Infrastruktur** im BMZ deutlich aufzustocken und die in den vergangenen Jahren erfolgte massive Absenkung zu korrigieren.
- die Mittel für **Krisenprävention, Stabilisierung und Friedensförderung** im Auswärtigen Amt wieder auf ein Niveau anzuheben, das den gewachsenen internationalen Herausforderungen entspricht.

- den **Zivilen Friedensdienst** finanziell auf 69 Mio. Euro im Jahr 2027 zu stärken und durch ausreichende Verpflichtungsermächtigungen langfristige Planungssicherheit zu gewährleisten.
- die Ziele der **Agenda 2030** und das **0,7-Prozent-Ziel** einzuhalten. Deutschland muss seine Verpflichtungen aus der Agenda 2030 erfüllen, insbesondere SDG 16 zu Frieden, Gerechtigkeit und starken Institutionen stärken und im Bundeshaushalt einen verbindlichen Pfad zur Erreichung der ODA-Quote von mindestens 0,7 Prozent des BNE absichern.

Übersicht: Entwicklung ausgewählter Haushaltstitel

Titel	Entwurf 2027 (Tsd. €)	Soll 2026 (Tsd. €)	Ist 2025 (Tsd. €)
Einzelplan 05 Auswärtiges Amt			
<i>Krisenprävention, Stabilisierung und Friedensförderung (687 34-029)</i>	328.181	353.481	312.505
<i>Humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland (687 32-029)</i>	1.050.432	1.048.000	1.049.972
Einzelplan 23 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung			
<i>Krisenbewältigung und Wiederaufbau, Infrastruktur (687 31-023)</i>	434.861	710.772 (als Titel 687 06-023)	803 816 (als Titel 687 06-023)
<i>Ziviler Friedensdienst (687 72-023)</i>	62.000	65.000	66.000

Impressum

Herausgeberin:

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
Geschäftsstelle der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
Großbeerenstr. 13a
10963 Berlin
T: +49 30 4000 65 118
kontakt@pzkb.de
www.pzkb.de
Berlin, September 2026



PLATTFORM
ZIVILE
KONFLIKT
BEARBEITUNG